Katholische Blätter für
weltanschauliche Information

ORIENTIERUNG

Nr. 20 38. Jahrgang | Erscheint zweimal monatlich | Zürich, den 31. Oktober 1974

DER JÜDISCHE Philosoph Spinoza hat gesagt: «Je besser wir die einzelnen Dinge kennen, desto besser kennen wir Gott.» Heute bedeutet das, daß wir lernen müssen, die Menschen in ihrer verschiedenen kulturellen und religiösen Umwelt zu achten. Die Vielgestalt des Lebens und der Antworten des Menschen bedroht die *Einzigkeit* des Evangeliums nicht. Im Gegenteil, gerade sie enthüllt, was Paulus und Petrus, der eine wie der andere, die vielfältige Gnade oder Weisheit Gottes genannt haben. Sie bestätigt jeweils die wirkliche Universalität des Evangeliums, wenn Gott sich durch verschiedene Kulturen ausdrückt. Das Evangelium ruft alle Völker im Schoß ihrer eigenen Kultur an; so ist es eben: Die Kultur formt die menschliche Stimme, die auf die Stimme Christi antworten muß. Eine Evangelisation, die durch Nachahmung fremder Formen zum Gehorsam Christus gegenüber führen will, entbehrt jeder Authentizität.

Den Glauben nackt ausziehen

Für die Verkündigung des Evangeliums ergeben sich daraus zwei Folgerungen:

▶ Evangelisation ist keine Strategie, die eine Bischofssynode oder der ökumenische Rat der Kirchen oder auch ein Weltkongreß für Evangelisierung erarbeiten könnte. Sie ereignet sich an einem bestimmten Ort, im Bereich bestimmter Personen und bestimmter Gruppen. Die Ortskirche ist darum die eigentliche Basis der Evangelisation – das ganze Volk Gottes, in der Gemeinschaft, wie es Gott verehrt, wie es unter den Menschen lebt und wirkt, im Dialog und im Einstehen füreinander. Worauf es hier ankommt ist, daß es einen Dialog unter den Ortskirchen gibt, bei dem die einen die andern achten und korrigieren, die vielfache Gnade Gottes kollegial teilen und alle eine Quelle gegenseitiger Bereicherung werden (1 Ptr 4, 10).

▶ Die Evangelisation an einem bestimmten Ort und bei von der eigenen Kultur geistig geprägten Menschen muß sich bemühen, den einzelnen und den Gruppen in allen ihren existentiellen Belangen Rechnung zu tragen. Wort und Tun, Verkündigung und Dienst, Theologie und Praxis, Kontemplation und Kampf, geduldige Hoffnung und energischer Einsatz werden ein unentwirrbares Ganzes entsprechend dem der Evangelisation eigenen Rhythmus.

Glaubwürdig aber wird der Dialog in den Augen derer, die den Glauben nicht haben, nur dann, wenn die Kirchen und die Christen diesen Dialog untereinander wie etwas ganz Normales und Selbstverständliches pflegen. Es geht gar nicht so sehr um die Frage, ob bei der Evangelisation die römisch-katholischen und die andern Christen zusammenarbeiten können. Die eigentliche Frage lautet: Sind die Christen verschiedener Konfessionen bereit, ja oder nein, ihren Glauben und ihr Leben vor den Augen der andern gleichsam nackt auszuziehen, so daß in ihnen und durch sie das Evangelium die ihm eigene explosive Kraft entfalten kann. Darin besteht die Aufgabe der Ökumene, und das ist der Grund, weshalb die Evangelisation wesentlich ein ökumenisches Unternehmen ist.

Die große Frage, vor die sich die Kirchen heute gestellt sehen, ist nicht so sehr die Gleichgültigkeit der modernen Welt gegenüber der evangelischen Botschaft als vielmehr der Wille zur Erneuerung ihres eigenen Lebens und ihres Denkens: Ist dieser dergestalt, daß sie der lebendige Zeuge für das lautere Evangelium werden können?

Auch die Verkünder des Evangeliums, die Kirchen, auch sie haben es notwendig, die frohe Botschaft zu empfangen. Sie müssen bereit sein, bis der Heilige Geist ihrem Leben eine neue Gestalt gibt – wann er es will und wie er es will. *Philip Potter*

Aus dem Vortrag des Generalsekretärs des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf vor der Bischofssynode in Rom, 10. Oktober 1974

Länderbericht

Krieg in Südamerika?: Bolivien ans Meer – General Banzers brüchige Macht – «Nationale Einigung» mittels der Meereskampagne – Nordamerikanische Spekulation über einen möglichen Krieg – Das große Geschäft mit Waffen – Pressekampagne gegen Peru – Initiative von General Pinochet für eine antimarxistische Allianz – Rendezvous der Diktatoren – Alte Streitpunkte – Wer profitiert vom Kriegsgeflüster? – Was General Banzer selbst tun könnte. *Leo Klemm, La Paz*

China

Wiedersehen nach 25 Jahren: Ein Chinese besucht seine Heimat – Flucht vor der kommunistischen Machtergreifung – Rückkehr in eine vertraute und veränderte Welt – Der 4. Dezember 1973 aus dem Reisetagebuch – Blick in den chinesischen Alltag – Erinnerung an Wuhú – Das Leben vor 25 Jahren – Reigen der Feste und ein Reigen der Tragödien – Begrüßung in der Heimat – Der dritte Bruder und der vierte Onkel – «Du Ehrwürdige, freue Dich!» – «Ich habe Jahrzehnte gewartet, es war nicht umsonst» – Vom Kaiserreich über die Kuomintang bis zur sozialistischen Gesellschaft – Im Vaterhaus, das nicht verstaatlicht wurde – Alte und neue Tischsitten – «Mein Liebling» statt «Alte Oma» – Was hat sich in der chinesischen Familie geändert? *Chang Sin-Ren, Zürich*

Schule

Gesamtschule – Ein notwendiger Versuch: Von der vertikalen Gliederung zum horizontalen Stufenbau – Eine Vielzahl von Versuchen – Ziele – Chancengleichheit für Kinder aus bildungsfernen Schichten – Individualisierung des Bildungsprozesses – Soziale Integration – Konflikt zwischen zwei Zielen – Optimale Förderung jedes Schülers gegen soziale Integration – Wie funktioniert die Gesamtschule? – Soziale Koedukation durch Kerngruppen – Individualisierung durch Förder-, Ergänzungs-, Grund- und Aufbaukurse – Aufteilung des Lernstoffes in «Fundamentum» und «Additum» – Anpassung des Lernangebotes an Begabung und Neigung – Kritik am Leistungskurssystem – Versuche mit Großgruppen – Schwerwiegende Nachteile – Fördert die Gesamtschule das bestehende kapitalistische System? – Soziales Lernen durch «Projekte» – Ein Urteil ist noch nicht möglich. *Rolf Eilers, Kleve*

Bischofssynode

Die Kirche und die nichtchristliche Welt: Eine Missionstheologie ohne Verbindung mit der Erfahrung – Offene Kritik durch Bischöfe – Nicht Bekehrung zur Kirche, sondern zu Gott – Die Täuschung einer bloßen Religionsfreiheit – Die lebendigen Tempel müssen wichtiger sein als die Tempel aus Stein – Wie die Kirche nach außen erscheint – Helder Câmara in der gesamten italienischen Presse – Reaktion von Kardinal Felici. *Ludwig Kaufmann*

BOLIVIEN ANS MEER — KRIEG IN SÜDAMERIKA?

Zur Information: Der Verfasser des folgenden Berichts, Leo Klemm, Basel/La Paz, ist uns seinerzeit als unbefangener Beobachter und ebenso origineller wie freimütiger Kommentator einer Situation hierzulande (es war das Anfangsstadium der Synode 72) bekannt geworden, und wir haben damals (1972, Nr. 23/24, Seite 268) das Votum des «jungen Künstlers» über den Platz der Glaubenserfahrung im Programm und Ablauf der Synode als Beispiel dafür erwähnt, daß nicht nur «Fachleute» Richtiges sehen und sagen können. Die folgende Darstellung profitiert von demselben unverbrauchten Blick. Wenn sie, zumal am Schluß, für manche Leser doch nach bekanntem Jargon klingen mag, so gibt der Verfasser dafür selber die nötige Erklärung. Wir zitieren aus seinem Begleitbrief:

> «Ich bin seit bald einem Jahr in Lateinamerika unterwegs und wollte eigentlich nie und nimmer etwas publizieren. Aber je mehr ich mich nebst Malen, Zeichnen, Fotografieren und ethnologischem Herumvagabundieren mit lateinamerikanischer Tagespolitik auseinandersetze, desto mehr habe ich das Gefühl, einige meiner Feststellungen und Überlegungen könnten auch zuhause Interesse finden. Etwas ist mir dabei allerdings unangenehm, wenn auch nur intellektuell: Ich entdecke, daß der von den Linken in der Schweiz bis zum Überdruß zitierte US-Imperialismus tatsächlich eine erschreckende Realität ist. Aus meiner Unvoreingenommenheit und meinem Dégout vor der Argumentations-Mechanik der Schweizer «Revolutionäre» habe ich mich im Verlauf der letzten Monate zu einem überzeugten Antiimperialisten entwickelt. Nicht weil das Marx oder sonst irgend ein Ismus predigt, sondern weil die Realität Lateinamerikas täglich mehr lehrt, daß dieser Unterdrückungsapparat tatsächlich dank der sauberen Hilfe von *uns* Imperialisten existiert und besser funktioniert als zu Pizzarros Zeiten. Sie mögen – wie ich – etwas gegen das Wort «Imperialismus» haben, denn es hat den Schönheitsfehler, von den «Imperialisten im Kreml» als einseitiges Schimpfwort westwärts eingesetzt zu werden. Aber Sie werden verstehen, und anhand meiner Darlegung werden Sie ermessen, um was es geht: Ein laufendes Überdenken von Fakten, von zugegebenen oder leicht aufdeckbaren Abhängigkeiten, ein Heranziehen der *die Zensur passiert* habenden unverdächtigen Informationen mit dem Zweck, daß *wir* – Mitglieder der blutsaugenden Nationen – uns bewußter werden, womit wir täglich – unbewußt – diese Blutsaugerei unterstützen; wie diese funktioniert und ohne unser stillschweigendes Einverständnis und das Mitprofitieren *jedes einzelnen* nicht aufrechterhalten werden könnte. – Also, daß auch wir Schweizer uns erst mal bewußt werden, wie und daß wir Imperialisten sind.»

So wie dieser Brief eine Entwicklung eines Bewußtseins widerspiegelt, so darf die ganze Darstellung zu allermindest als Stimmungsbild Anspruch auf Kenntnisnahme erheben. Und wer könnte leichthin behaupten, daß an der hier gegebenen Deutung der Fakten nicht «etwas dran» wäre, vielleicht sogar sehr viel, zumal wenn wir die lateinamerikanischen Militärdiktaturen im Spiegel des jüngsten Debakels der Militärjunta in Griechenland sehen? Außenpolitische Großhanserei ist nicht nur ein bekanntes Alibi für das Versagen im Innern, es führt dazu, daß das Risiko eines Krieges eingegangen und das Spiel mit dem Feuer bis zur eigentlichen Kriegsschürerei betrieben wird. *Die Redaktion*

An der dritten Weltkonferenz für die Rechte des Meeres wurde erneut darauf aufmerksam gemacht, daß Bolivien den 1879 verlorenen Pazifikanschluß wiedererhalten solle. Viele lateinamerikanische Staaten, angeführt von Venezuela, und selbst der Vatikan haben Bolivien beigepflichtet. Die meisten Staaten konnten um so überzeugter das bolivianische Begehren unterstützen, als sie von einer eventuellen Landabtretung nicht direkt betroffen sind. Betroffen sind offensichtlich Chile und Peru.

Die nachfolgenden Überlegungen wollen zeigen, daß es bei dieser Frage nicht bloß um einen bolivianischen Küstenstreifen am Pazifik geht, und daß für die direkt betroffenen Nationen ganz andere Komplexe ins Blickfeld rücken.

Ich stütze mich auf Agenturberichte, die in den letzten zehn Monaten in Lateinamerika erschienen sind, sowie auf einen Artikel von Mario V. Guzmán Galaza, am 23. 8. 74, in der bolivianischen Zeitung «Presencia» erschienen unter dem Titel: «¿ Una guerra en el Cono Sur de América?».

Boliviens nationale Einigung

Im August 1971 kommt General Hugo Banzer in Bolivien durch einen von rechtsgerichteten Militärs inszenierten Putsch an die Macht. In den letzten drei Jahren hat sich allerdings die Macht des De-facto-Regierungschefs als brüchig erwiesen. Der anfangs Juni 74 vereitelte Putschversuch – von noch weiter nach rechts hin tendierenden Militärs geplant (!) – zeigt, daß Banzers Feinde nicht nur im linksextremistischen Lager zu suchen sind.

Banzers angeschlagener Nationalsozialismus bedarf nach allen innenpolitischen Pleiten dringend einer Aufbesserung: Anfangs Juli bildet er ein stubenreines Militärkabinett und verspricht Neuwahlen für Dezember 1975. Er verkündet seine Idee vom «limitierten Pluralismus», den er in einer neuen Verfassung verankern will, und versucht, mit dem versprochenen Institutionalisierungsprozeß eine rosige Zukunft für Bolivien zu entwerfen. Gleich nach dem vereitelten Putsch im Juni wird zudem die Kampagne «Zurück zum Pazifik» verstärkt. Diese begann anfangs 1974 anzulaufen. Damals wie heute in einer prekären innenpolitischen Situation, soll die «nationale Einigung» mittels der Meereskampagne gekittet werden.

Dies alles geschieht 1974, in einem Jahr also, in welchem Legionen Oppositioneller verhaftet werden, eingekerkert oder des Landes verwiesen sind. Während die Gewerkschaften ausgehöhlt, die Universitäten ihrer Autonomie beraubt, Bauernführer und Campesinos kurzerhand erschossen werden, zu einer Zeit, in welcher sich das Innenministerium unter Juan Pereda Asbún die unerhörtesten Übergriffe erlaubt und Bolivien buchstäblich nichts zu hoffen hat: da also propagiert Banzer die Wiedererlangung des Meeranschlusses als Allerweltsheilmittel nationaler Einigung.

Von Rockefeller über Nixon zu Kissinger

Und kaum hat Banzer zu Beginn 1974 vom Recht Boliviens auf die verlorene Meeresküste gesprochen, und schon beginnt die nordamerikanische Presse im Verein mit ihren Ablegern im lateinamerikanischen Zeitungswesen über einen möglichen Krieg in Südamerika zu spekulieren. Die Kampagne ist von den USA her angezettelt und läuft über upi, ap und SIP. Vordergründig, um die Länder Lateinamerikas zu entzweien und so die für die USA bestens bewährte Profitmaschinerie weiterdrehen zu lassen. Hintergründig liefern diese Kriegsspekulationen den Vorwand für den nordamerikanischen Waffenverkauf an lateinamerikanische Länder.

Diese Waffengeschäfte entspringen den Empfehlungen *Nelson Rockefellers*, des jetzigen Vizepräsidenten der USA, der 1969 für die Nixon-Administration Lateinamerika bereiste. Er gelangte zur Überzeugung, daß Rüstungs- und Beratungshilfe an lateinamerikanische Militär- und Sicherheitsbehörden den US-Interessen am wirksamsten dienen. – Diese Empfehlung Rockefellers stand in voller Übereinstimmung mit Nixons hartem Entschluß, sich einer lateinamerikanischen Einheit gegen die Interessen der USA zu widersetzen. Die von Nixon unterstützte Empfehlung Rockefellers bildete die Grundlage für *Henry Kissingers* Begehren, vom Kongreß 200 Millionen Dollars für verstärkte Rüstungskredite an all jene lateinamerikanischen Länder zu fordern, die mit den USA alliiert seien. – Mit einem Löwenanteil dieses Kredits unterstützen so die USA die gegenwärtige Militärdiktatur in Chile. Und obwohl *Ted Kennedy* mehrfach auf die Verletzung der Menschen-

rechte in Chile hingewiesen und die US-Militärhilfe an Chiles Diktatoren als Beihilfe zum Mord bezeichnet hat, ist der Kissinger-Kredit bewilligt worden. Hinterher erst regt sich nun das schlechte Gewissen und fordert eine Untersuchung.

Im vergangenen Februar setzt dann, von zwei nordamerikanischen Agenturen angeführt, eine weitere Pressekampagne ein.

Peru hat russische Waffen gekauft. Dies und eine Handvoll osteuropäischer Militärs in Peru sind Anlaß, von einer «kontinentalen Bedrohung» zu sprechen. Dies tun wohlverstanden genau jene Kreise, die die Anwesenheit einiger Tausend US-Militärberater, CIA-Beamter, nordamerikanischer Rüstungs-, Antiguerilla- und Folterexperten keineswegs als «kontinentale Bedrohung» sehen, sondern vielmehr als Entwicklungszusammenarbeit verbuchen. So in Brasilien und Chile.

In dieser Kampagne wird Peru als «Brennpunkt kommunistischen Aufstandes» bezeichnet, der die «Stabilität der demokratischen Nachbarländer» gefährde. (Wo sind diese Demokratien?)

Der peruanische Präsident *Velasco Alvarado* – erklärter Gegner des kommunistischen wie des kapitalistischen Systems – reagiert auf diese Anschuldigungen mit einer Initiative. Er schlägt vor, die Rüstungsausgaben in Lateinamerika für zehn Jahre einzufrieren und das ersparte Geld im gemeinsamen Kampf gegen Unterentwicklung und Armut einzusetzen.

Der peruanische Vorschlag wird von den umliegenden Diktaturen mit Vorbehalt aufgenommen, während die USA fortfahren, Waffen nach Chile zu schicken.

Rendezvous der Diktatoren

Etwas später entwirft General *Pinochet* von Chile aus seine «Initiative zur Schaffung einer antimarxistischen Allianz», um die «Idee eines lateinamerikanischen Marxismus ein für allemal auszurotten». Eine solche Allianz der Achsenmächte stellt den klaren Versuch dar, Peru zu isolieren. Er muß zusammen mit den nordamerikanischen Boykottmaßnahmen gegen die peruanischen Sozialisierungsprogramme und mit den gehässigen Querelen Brasiliens gegen Peru gesehen werden.

Pinochets Idee fällt zwar auf wenig öffentliche Sympathie. Im vertrauten Kreis beginnt sie aber zu spielen. So treffen bei den Feierlichkeiten bei der Machtübernahme General Geisels in Brasilien mit diesem zusammen: General Pinochet, Chile; General Banzer, Bolivien; General Bordaberry, Uruguay; General Stroessner, Paraguay. Also exakt jenes erlauchte Gremium von Diktatoren, die für eine antimarxistische Allianz in Frage kommen.

Brasiliens *Geisel* organisiert das Rendezvous von Boliviens *Banzer* mit Chiles Pinochet, die sich privat zwei- oder dreimal treffen. Die Anwesenheit eines hohen brasilianischen Militärs wird dabei nie in Abrede gestellt.

Wieder in Bolivien, erklärt Banzer, daß er Pinochet das fundamentale Problem unterbreitet habe, das es verunmögliche, normale Beziehungen mit Chile aufzunehmen. Offensichtlich spielt er auf die Wiedererlangung des Meeranschlusses an. Die bolivianische Presse interpretiert es jedenfalls so, daß nichts anderes als nur die geographische Eingeschlossenheit des Landes das Problem sei.

Pinochet jedoch gibt nach seiner Rückkehr in Chile bekannt, daß er mit Banzer keinen Augenblick über die Meerfrage gesprochen habe.

Gleichzeitig mit diesen sich widersprechenden Aussagen der beiden Militärs sickert durch die Presse, daß die Junta Pinochets nicht abgeneigt sei, Bolivien einen Meeresanschluß zu gewähren. Und zwar im Norden Aricas, in ehemals peruanischem Gebiet.

Obwohl solche Mitteilungen natürlich nicht «offiziell» in Umlauf kommen, sind sie dazu angetan, die öffentliche Meinung zu beeinflußen. Um so mehr, als sich das Regime Banzer zur selben Zeit bereit erklärt, mit der Militärdiktatur in Santiago zu verhandeln.

Der Peruanische Premier *Mercado Jarrin* gibt daraufhin bekannt, daß Chile nicht ohne Einwilligung von Lima einen Teil jenes Gebietes abtreten könne, das peruanisch gewesen sei. Der Vertrag von 1929 sei zu beachten, der eine einseitige territoriale Entscheidung von Chile oder Peru ausschließe. Chile müße in jedem Fall Bolivien jene Gebiete zurückgeben, die vor der chilenischen Kriegserklärung und dem Pazifikkrieg von 1879 bolivianisch gewesen seien.

Die offiziellen und inoffiziellen Gerüchte zeitigen aber ihre Früchte. Die Propagandakampagne läuft von jetzt an dahinaus, Bolivien vom «gefährlichen, marxistischen Peru» zu distanzieren mit dem Argument, daß «sein alter Verbündeter (Peru) sich der Wiedererlangung des bolivianischen Meeranschlusses widersetze». – Einige Zeitungen sprechen daraufhin offen von einer Allianz Boliviens mit Chile, um Peru den Krieg erklären zu können.

Die Profiteure des Kriegsgeflüsters

Einmal angekurbelt, läuft diese Kampagne auf allen Ebenen. Sie scheint Bolivien in ein gefährliches Abenteuer zu verwickeln. Denn zu viele geben vor, Bolivien habe ein Recht darauf, aus seiner Eingeschlossenheit zum offenen Pazifik zurückzufinden. Zu vielen geht es nur scheinbar um Bolivien, in Wirklichkeit aber um eigene Machtinteressen. Die berechtigte Forderung muß bei näherem Zusehen schier allen dienen, nur Bolivien nicht.

Fünf mögliche Profiteure seien genannt:

▶ *Banzer* treibt ein explosives Spiel, indem er innenpolitischer Ungerechtigkeit und unterdrücktem Klassenkampf über ein außenpolitisches Ventil den Dampf ablassen will. Er versucht mittels Rückgewinnung von verlorenem Heimatboden seinen innenpolitischen Terrainverlust zu verkitten und von sozialen Problemen abzulenken, die sich nicht mit dem scheinheilig-nationaleinheitlichen Unterdrückungsrezept meistern lassen.

▶ *Brasilien*, schon heute stiller Beherrscher Boliviens, könnte von einer Auseinandersetzung Chile–Bolivien–Peru nur profitieren. Das größte Land Südamerikas kann sich davon erhoffen, daß ihm Bolivien auf billigem Weg die lang ersehnte Bresche zum Pazifik schlägt.

▶ Für *Chile* wiederum ist das Kriegsgeflüster einer peruanischen Bedrohung willkommener Anlaß, seinen im Innern angewandten Unterdrückungsapparat zu perfektionieren. Jeremiah O'Lery vom «Washington Star News» scheint seine Beziehungen zum CIA zu bekräftigen, wenn er die Möglichkeit ankündigt, «Peru könne Chile den Krieg erklären», und deshalb das Rüstungspotential beider Länder miteinander vergleicht.

Ein leicht durchschaubares Vorspiel, made in USA für die Großkampagne im lateinamerikanischen Supermarkt für Waffenverkäufe, welche Chile bevorzugen wird. Chile, treuer Verbündeter der USA, soll gegenüber Peru nicht im Nachteil sein! Am 27. 8. 74 verkündet ein chilenisches Militäroberhaupt, sein Land sei für jeden möglichen Krieg gerüstet.

▶ Alle *Militärregimes der Achsenmächte* im Verein mit den USA haben einen Vorwand mehr, das «marxistische Peru» zu isolieren und so vor allem zu verhindern, daß sich Bolivien und Peru zusammentun – Peru, das mit Bolivien viele Gemeinsamkeiten besitzt und für dessen Sozialisierungsprozeß man sich in Bolivien sehr interessiert. – Ein Zusammengehen Boliviens mit Peru liegt nicht im Interesse der andern Nachbarn und der USA. Denn alle können sie nur ein abhängiges, unterstrukturiertes Bolivien weiterhin so erfolgreich ausbeuten.

Das Peru Velascos darf so wenig Schule machen wie das Chile Allendes.

▶ Die *USA* schließlich verdanken den bolivianischen Meeresansprüchen und dem daraus hochgedrillten Kriegsgeflüster, daß sie ungeniert für Unsummen Waffen an die Folterknechte südamerikanischer Diktatoren verkaufen können, daß somit soziale und wirtschaftliche Veränderungen, die ihren Interessen zuwiderlaufen, von einheimischen Militärs – quasi als Söldnerdienst – unterdrückt werden, daß dadurch die Integration Lateinamerikas gedrosselt und die Ausbeutung der einzelnen Länder im bewährten Stil weiterhin getätigt werden kann.

Bolivien: Anschluß ans Meer als Ersatz für Grundrechte?

Auch wenn man noch weitere Profiteure nennen würde, die sich vom bolivianischen Rechtsanspruch etwas abschneiden wollen, – Bolivien wäre nicht dabei. Wer gegenwärtig Banzers Kampagne «Zurück zum Meer» unterstützt, muß zur Kenntnis nehmen, daß er vieles unterstützt, aber nicht das bolivianische Volk. – Er unterstützt Verhaftungswellen und Foltern, ausländische Wirtschafts- und Machtansprüche, er unterstützt in Banzers Bolivien damit weit mehr das Unterdrücken sozialer Verbesserungen, hilft mit, Unrecht zu kaschieren, weit mehr, als Bolivien zum Recht zu verhelfen. – Recht, das da ist: seine Meinung äußern zu können, ohne des Landes verwiesen zu werden. Das Recht, in Opposition zur Regierung zu stehen, ohne mit Haussuchung, Postzensur und Bespitzelung rechnen zu müssen. Das Recht auf Selbstbestimmung. Das Recht auf eine erschwingliche Ernährung, die mehr den dringend benötigten Aufbaustoffen Rechnung trägt als den Gewinnspekulationen der Importeure. Das Recht, sich außerhalb der Scheinsyndikate gewerkschaftlich zu organisieren und seine Arbeiterführer selbst zu wählen. Das Recht, sich gegen die Übergriffe der Behörden, Sicherheitsorgane und des Apparats des Innenministeriums zu schützen. So das Recht, den Grund seiner Verhaftung zu kennen, einen Verteidiger wählen und die Anklageakten einsehen zu können. Oder das Recht, als Bauer angemessenen Lohn fordern zu können, ohne dafür von Ordnungstruppen erschossen zu werden. – Diese und viele Rechte mehr werden in Bolivien beschränkt.

Ihr Fehlen ist für den Bolivianer schmerzlicher, als das Fehlen eines eigenen Pazifikhafens. Diese Rechte könnten von der bolivianischen Regierung sofort selbst geachtet und gewährt werden. Sie zieht es aber vor, auf Rechte zu pochen, die ein anderer Staat gewähren muß. Mehr noch: dadurch, daß Banzer *jetzt* von der Wiedererlangung des Meeranschlusses spricht, gibt er den mit den USA alliierten Diktaturen ringsum Gelegenheit, ganz im Sinne der Waffenhändler-Pläne Rockefellers, Kissingers und Co. zu wirken. *Leo Klemm, La Paz*

ALS CHINESE NACH CHINA

Chang Sin-Ren, geb. 1931, war vor der kommunistischen Machtergreifung Student an der Universität seiner Heimatstadt Wuhú. Er gehörte zum Kern einer Studentenorganisation, die sich dem Kampf gegen die Ungerechtigkeiten, die Verbrechen und die Korruption der Kuomintang-Regierung verschrieben hatte. Unter dem Einfluß eines chinesischen Jesuitenpaters kritisierte diese Gruppe aber ebenso den Kommunismus und entschloß sich 1949 zur Flucht. Sin-Ren war danach zwei Jahre in Vietnam, vier Jahre in Spanien und kam zum Studium nach Deutschland und schließlich in die Schweiz, wo er an der Universität Zürich zum Doktor der Chemie promovierte. Seither ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am pharmakologischen Institut der Universität Zürich. Ende 1973 besuchte er nach 25 Jahren seine Heimat, seine Familie und seine über 86jährige Mutter. Aus seinen Begegnungen und Erlebnissen in seiner Heimatstadt Wuhú ist das Tagebuch «Als Chinese nach China»[1] entstanden. Dieses enthüllt keine Sensationen, sondern berichtet über den gewöhnlichen Alltag. Chang Sin-ren findet ihn aber ungewöhnlich, weil er für Millionen von Chinesen zu einem friedlichen und sinnvollen Alltag geworden ist. Für den nachfolgenden Vorabdruck haben wir jenen 4. Dezember 1973 gewählt, an dem der zurückkehrende Sohn zum ersten Mal wieder seiner Mutter begegnet. *Redaktion*

Der Leiter des Reisebüros tut sein Bestes: Er hat meine Fahrkarte besorgt und nach Wuhú, meiner Heimatstadt, telefoniert, damit ich dort abgeholt werde. Am Bahnhof trägt er wieder meinen schwersten Koffer und packt eine meiner Tragtaschen. Weil ich soviel Gepäck habe, rennt er sofort auf ein Erstklaß-Abteil zu und läßt die von ihm besorgte Fahrkarte zweiter Klasse umschreiben. Im Wageninnern macht sich ein junger Mann in blauer, wattierter Uniform nützlich. Er trägt eine rote Armbinde mit der Aufschrift «Zugpolizei» und eine Pistole. Er ist der erste Polizist mit Pistole, den ich sehe. Früher galt es als erstrebenswert, eine Schußwaffe zu tragen, um damit die Leute einzuschüchtern – ob einer Soldat, Polizist oder auch nur Angehöriger einer Jugendorganisation war. Der Zugpolizist klärt mich darüber auf, daß die Strecke nicht mehr bei Wuhú endet, sondern noch einmal so weit führt. Von Nanking aus sind es 131 km; die Fahrkarte I. Klasse kostet 2,4 Yüen oder sFr. 3.80.

Wieder einmal trinke ich Tee und betrachte links und rechts der Bahnlinie die Landschaft. Ich bin allein in meinem Abteil, dessen Ausstattung etwa der schweizerischen II. Klasse entspricht. Ich kenne von früher her jede Station. Aber vieles hat sich geändert, ganz besonders der Ort Ma-an-schan. Schon aus der Ferne sind hohe Schornsteine zu sehen, dann Häuser mit mehreren Stockwerken aus rotem Backstein, davor unzählige Eisenbahngleise. In meiner Erinnerung sehe ich ein einziges schmales Gleis für den Transport von Eisenerz vor mir und ein paar Arbeiter, die eher Bettlern gleichen. Jetzt beherbergt der Ort eines der wichtigsten Stahlwerke Chinas. Ich hoffe, daß die Backsteinbauten – welche mit Arbeiterwohnungen im Ruhrgebiet zu vergleichen sind – auch wirklich Arbeitern zur Verfügung stehen. Dann wäre der Lebensstandard in sehr kurzer Zeit beträchtlich gestiegen.

Doch wird mir nun plötzlich bewußt, daß ich mich nach 25 Jahren zum ersten Mal wieder meiner Heimatstadt nähere. Wie werde ich meine Familie antreffen – werde ich sie überhaupt noch erkennen? Wie wird man mich empfangen? Wie werde ich sie begrüßen? Die Wärme eines europäischen Empfangs mit Umarmung und Küssen ist ihnen sicher noch fremd, und die alte zeremonielle Weise, das Niederknien vor der Mutter, bin ich nicht mehr gewohnt.

Wuhú, meine Heimat, von meiner Geburt an hast du mich knapp achtzehn Jahre beherbergt. In dir habe ich viele glückliche Tage und viele bittere Monate und Jahre verbracht. Deine Bräuche und Sitten, deine uralte Kultur haben mich zum Chinesen geprägt.

In deinem Weichbild erhebt sich, etwa 200 Meter hoch, ein kleiner Berg. An dessen Fuß gab es schon damals eine Universität und ein modernes Schwimmbad. Durch Nadelwald und Bambusgehölz, vorbei an Tempeln und Pagoden stieg man hinauf zu einem Restaurant. Vom höchsten Punkt aus blickte man nach allen Seiten. Im Norden strömte reißend der breite Jangtse vorüber. Er ist dein Lebensstrom, der aus einer der vier größten Reiskammern Chinas Nahrung herbeiführt. Ein kleinerer Strom kommt aus den südlichen Bergen und fließt mitten durch die Stadt. Er bringt frische grüne Bambus-

[1]Chang Sin-Ren, Als Chinese nach China, Wiedersehen nach 25 Jahren, Pendo-Verlag Zürich, Gemeindestraße 25, erscheint November 1974 (Auslieferung nach Deutschland Februar 1975), 150 S., sFr. 14.80.

stengel herbei, Bambuspapier aus Hsüan-chéng, Pinsel und Tuschestangen aus Hui-Zhôu, Tee aus Ging-xian und Lù-hè.
Im Herzen der Stadt gab es einen Park und darin drei Seen. Einer davon stand zur Sommerzeit voller Lotos. Die Blätter waren radförmig wie die Hüte der Reisbauern; und wenn sie im Winde schaukelten und wenn Regentropfen oder Spritzer von spielenden Kindern darauf fielen, rollten blitzende Perlen auf den Blattspreiten und sammelten sich in der Mitte zu einem Edelstein. Daneben trugen kräftige Stengel weiße und blaßrote große Blüten empor, die morgens und abends einen fast betäubenden Duft ausströmten. Tief im Schlamm staken ihre langen, weißlichen, schwellenden, mit ovalen Löchern geschmückten Rhizome. Brach man sie, so blieben die Stücke durch unzählige seidenähnliche Fasern verbunden. War von Liebeskummer die Rede, so hieß es wohl: «Die Lotoswurzel ist gebrochen, aber die Fasern halten sie zusammen». Jede Hausfrau verstand es, aus den Knollen mannigfaltige Gerichte und Süßigkeiten herzustellen, ein jedes mit seinem eigenen, immer köstlichen Aroma. Der Lotosblumen-See lag am Rande eines Pfirsichhains. Täglich versammelten sich hier in der Morgenfrühe und in der Abenddämmerung die Vogelliebhaber, hängten die Käfige mit ihren Lieblingen ins Geäst und ließen die Vögel konzertieren. Unmittelbar am Rand der kleinen Seen unter den Trauerweiden wetteiferten Frösche und Zikaden. Auf dem Wasser des großen Sees glitten abenteuerlich wie Riesentiere die Schattenrisse der mit Fahrgästen, Volksmusikanten und den Stehruderern bemannten Boote. Die bunten Lampen der Speisehäuser und ihre Spiegelungen umsäumten die Seen mit einer doppelten Girlande. Wie sich hier Licht an Licht reihte, so reihten sich die Jahreszeiten mit ihren Farben und Festen. Im Spätfrühling, zur Zeit der Rapsblüte, lag das Land unter einem goldenen Meer. Im Spätsommer wogten grün die Reisfelder. Im Herbst regte der hell leuchtende Vollmond am dunkeln Himmel zu Gedichten an. Der Winter war die Zeit der Vorbereitung auf das Neujahrsfest, dessen Feier im Frieden wohl einen halben, ja einen ganzen Monat dauern mochte. Seine Fröhlichkeit wurde abgelöst von der Feierlichkeit des Frühlingsfestes. Am 2. Februar folgte das Fest des Drachens, am 5. Mai das Fest der Mittagszeit, am 15. August das nächtliche große Vollmondfest. Dazu kamen die von feststehenden Bräuchen geprägten Hochzeiten, Beerdigungen, Geburten, Geburtstage der Eltern und die unzähligen buddhistischen, taoistischen und konfuzianistischen Zeremonien. Jeder Anlaß und jedes Fest erhielt seinen Geschmack von nur ihm eigenen Leckerbissen.
Jeden Abschnitt dieses Jahresreigens erwartete ich als Kind mit Spannung, erlebte dessen kurzlebiges Aufblühen mit Begeisterung und erfuhr, wie rasch es verging. Als ich aber begann, den Lauf der Welt zu erfassen, löste den Reigen der Feste ein Reigen der Tragödien ab, verursacht zuerst durch die japanische Invasion, dann durch die Korruption der Regierung Tschiang Kai-Scheks, gefördert vom Aberglauben des Volkes, vom Kolonialismus des Westens und von jener Philosophie, die seit Jahrtausenden vom feudalistischen System mißbraucht und immer wieder von der herrschenden Gesellschaft als geistige Waffe in Dienst genommen wurde. All das hat nicht nur meine zauberhaft schöne Heimat, sondern das ganze Vaterland in eine Hölle verwandelt. Als ich Wuhú vor 25 Jahren verließ, war es mit seinen roten Lampen und seinem grünen Wein äußerlich anmutig und voller Leben, in Wahrheit aber eine Stadt der Menschenfresser, voller Schmutz – ein paar Hauptstraßen ausgenommen –, eine hoffnungslose Gesellschaft von Opiumrauchern, Dirnen, Geschlechtskranken, Hungernden und Bettlern, in Schach gehalten von furchterregenden Dämonen und Göttern. Wuhú, wie wirst du mich jetzt empfangen?
Sicher weiß ich nur, daß am Bahnhof mindestens einer vom dortigen Reisebüro auf mich wartet. Mit etwas Glück treffe ich vielleicht ein paar alte Schulkameraden, die schon damals bei der Bahn arbeiteten.

Der Zug hat angehalten. Der Bahnhof ist mir fremd. Mit vielen anderen steige ich aus. Ein Zugsbeamter hilft mir, das Gepäck zu tragen. Ich halte Ausschau nach dem Mann vom Reisebüro. Eine hagere Gestalt mit langem, magerem Gesicht kommt auf mich zu, im grauen Volksanzug, eine Schildmütze auf dem Kopf. Sie ruft mich mit Namen an: «Sin-ren! Ich bin dein dritter Bruder, Sin-shún.» Sofort erkenne ich ihn. Wir geben uns die Hand. Wie alt er geworden ist! Dann ruft er zurück: «Xiâo-min, komm her. Das ist dein Vierter Onkel.» Ein lebhafter, fröhlicher Junge, größer als ich, in grüner Kleidung, läuft herzu, ruft «Vierter Onkel!» und nimmt mir das Gepäck ab. Auf den zweiten Blick scheint mir, mein Bruder habe doch noch etwas von dem Basketball-Spieler bewahrt, als der er früher geschätzt wurde. Ich frage ihn nach meinem zweiten Bruder. «Ja, ja, der ist auch gekommen.» Und tatsächlich sehe ich, wie er sich nähert, und breche in Tränen aus. Er ist unrasiert, das Gesicht beängstigend dunkel, die Augen wie erloschen. Wohl wußte ich, daß er seit langem an Asthma leidet; aber so hatte ich ihn mir nie vorgestellt. Langsam kommt er auf mich zu, reicht mir die Hand, und auch er weint. Wir sind von Menschen umringt, die ratlos zuschauen. Mein dritter Bruder sagt: «Jetzt bist du also heimgekehrt. Ist das eine Freude! Warum solltet ihr weinen?» Jetzt kommen auch zwei Beamte vom Außendienst-Komitee – in meiner Heimatstadt gibt es nämlich kein Reisebüro –, ein großgewachsener, einfacher junger Mann mit Schirmmütze und eine junge, etwas scheue Frau in grauer Kleidung. Sie sagen: «Nicht weinen! Wir freuen uns sehr, daß du heimgekehrt bist. Bitte, steigt alle in den Jeep.» Sie bringen uns samt meinem Gepäck nach Hause. Von den Straßen, durch die wir fahren, nehme ich nichts wahr.

Der Jeep kann nicht ganz bis vors Haus fahren, weil die Gasse zu eng ist. Wir gehen also die letzten Schritte zu Fuß. Dann stehe ich vor der Tür, wo ich vor fünfundzwanzig Jahren meiner Mutter beim Abschied versprochen habe: «Sorge dich nicht. Wir sehen uns wieder. So bald wie möglich.» Jetzt erfülle ich mein Versprechen. Es hat länger gedauert, als ich gedacht hatte.

Man führt mich hinein, und ich stehe im Zimmer meines dritten Bruders. Es sieht alt, verbraucht und eng aus. Nun ja, das Haus hat eben seine hundert Jahre hinter sich. Mein dritter Bruder bittet uns alle, auch die beiden Beamten vom Außendienst, Platz zu nehmen, und ruft seine Frau und sein zweites und drittes Töchterchen – zwei hübsche Kinder in karierten Jacken –, daß sie uns Tee bringen. Süßigkeiten und Zigaretten stehen schon auf dem Tisch bereit. Die zweite Tochter bringt mir außerdem eine Schüssel mit warmem Wasser und heiße Tücher, damit ich mich erfrische und meine Mutter mein verweintes Gesicht nicht zu sehen bekommt. Meine Blicke aber suchen die Mutter. Ich sehe, wie sie den Kopf hinter einer Tür hervorstreckt. Sie will mir einen Schritt entgegenkommen, zieht sich aber gleich wieder zurück – vielleicht wegen der vielen Menschen, vielleicht auch von Nachbarinnen zurückgehalten, die sie zur Heimkehr ihres Sohnes beglückwünschen. Ich kann von dem Gespräch hinter der Tür einige Sätze verstehen: «Du Ehrwürdige, freu dich, du hast große Gnade. Dein alter Vierter ist zurückgekommen, nun kannst du aufatmen und glücklich sein.» «Das ist wirklich ein großes und glückliches Ereignis – so groß wie der Himmel. Du alte Ehrwürdige bist voll von Gnade. Du hast die ganze Familie wieder beisammen, Söhne, Enkel und Urenkel.» Ich glaube, auch die leise, schwache Stimme meiner Mutter zu erkennen: «Herzlichen Dank, ich habe Jahrzehnte gewartet, es war nicht umsonst...»

Nachdem ich mein Gesicht gewaschen und abgetrocknet und auch einen Schluck Tee getrunken habe, frage ich ungeduldig: «Wo ist Mutter?» «Im Hof», antwortet mein Bruder und ruft laut nach ihr. Ich gehe in den Hinterhof. Da kommt meine Mutter auf unsicheren Füßen Schritt für Schritt auf mich zu.

Ich eile ihr entgegen, halte ihre Hände fest und rufe: «Mutter, ich bin wieder da.» Sie schaut mir freudig und fest in die Augen: «Nun bist du wieder da, gut, gut.» Dann fährt sie in ernstem, etwas vorwurfsvollem Tone fort: «Warum, warum bist du von mir und der Familie weggegangen, so weit weg? Warum hast du mich so lange warten lassen?» Bei diesen Worten bin ich zutiefst erschüttert und flehe sie an, mir meinen Fehler zu verzeihen. «Aber was ich versprochen, habe ich erfüllt: Ich bin zurückgekommen. Heute kann ich dich und die ganze Familie wiedersehen. Wir alle leben noch. Ist das nicht ein unsägliches Glück? Was vorbei ist, ist vorbei. Ist das nicht wahr?» In ihren Augen lese ich ihr Einverständnis, doch sie bleibt nachdenklich. Ich erkundige mich sofort nach ihrer Gesundheit. An ihrer Stelle antworten mein Bruder und meine Schwägerin fast gleichzeitig: «Unserer alten Ehrwürdigen geht es sehr gut. Sie wird bald sechsundachtzig, geht, sieht und hört gut, spricht immer noch sehr deutlich und ißt regelmäßig mit gutem Appetit. Du weißt ja, das Leben unserer Familie ist ärmlicher und einfacher geworden. Aber Mutter hat schon immer ein geordnetes, sparsames und fleißiges Leben geführt. Sie steht auch jetzt noch sehr früh auf, kehrt den Hinterhof und sorgt für ihre Enkelkinder und Urenkel...»

Ich betrachte meine Mutter aufmerksam, ihr schmales, kleines Gesicht, ihr von einer samtenen Kappe bedeckter Kopf. Sie ist älter geworden, doch die hohe Stirn drückt Weisheit und Güte aus und ihre kleinen, leuchtenden Augen sind voller Barmherzigkeit. Sie trägt eine dunkelblaue, wattierte Jacke und weite, schwarze Hosen. Von ihrer Energie hat sie nichts verloren. Ein kleines Persönchen – aber welch ungewöhnlicher Lebenslauf, und wieviele harte und bittere Schicksalsjahre hat sie erlebt, von den Kaisern zu den Feudalherren, von der Kuomintang zur heutigen sozialistischen Gesellschaft. Nun ist sie umgeben von Söhnen, Enkeln und Urenkeln und erlebt damit nach alter chinesischer Überzeugung das größte Glück, das ihr wiederfahren kann.

Im heutigen China ist dieses Glück nur wenigen beschert, und in Zukunft werden es immer weniger sein, die eine so große Familie um sich haben. Unvermittelt fragt mich meine Mutter: «Du bist so weit geflogen, du mußt sicher müde sein.» Diese Worte lockern die Spannung, lösen den Bann und öffnen das Gespräch für alle. Unsere Gäste vom Außendienst bitten die Mutter, Platz zu nehmen, und fordern mich auf: «Erzähl uns: Wann bist du von der Schweiz weggeflogen, welchen Weg bist du gereist?»

Ununterbrochen kommen Nachbarn und Nachbarinnen, um ihre Mitfreude auszudrücken. Ich unterhalte mich mit meinem dritten Bruder und den beiden vom Außendienst. Die Genossin will dieselbe Schule wie ich besucht haben – zwei Klassen unter mir. Es gelingt uns aber nicht, gemeinsame Bekannte ausfindig zu machen, und irgendwie spüre ich, daß das Thema ungeeignet ist. Mein Bruder erkundigt sich bei den beiden, wo ich logieren soll. Überraschenderweise lautet die Antwort des Genossen Chén: «Selbstverständlich wo er will. Sicher habt ihr euch viel zu erzählen. Er kann hier im Hause bleiben – er kann aber auch im Gästehaus schlafen.» Das «Gästehaus» ist, neben den gewöhnlichen Hotels, ein Luxus-Absteigequartier für hohe Gäste. Nach kurzer Überlegung entschließe ich mich, die ersten paar Tage zu Hause zu wohnen, da mein Bruder und meine Schwägerin – wie sie mir versichern – schon alles für mich vorbereitet haben. Später aber will ich das Gästehaus beziehen, um meiner Familie nicht lästig zu fallen und umgekehrt die Gelegenheit zu haben, Verwandte und Freunde meinerseits zum Essen einzuladen. Genosse Chén ist mit allem einverstanden und verabschiedet sich bald darauf mit seiner Begleiterin. Mein Bruder und ich bringen sie zur Haustür, und als sie fort sind, sagt mir mein Bruder mit mächtigem Stolz: «Du bist im rechten Augenblick gekommen. Zu dir sind sie wirklich ausnehmend höflich. Der letzte Auslandschinese – er kam aus Amerika – mußte mit dem Gästehaus vorliebnehmen und wurde ständig begleitet.» Jetzt gehe ich wieder zu meiner Mutter. Ihr Zimmer stößt an das meines dritten Bruders. Es mißt etwa sechs Quadrtameter. Früher befand sich hier die Küche. Diese liegt jetzt jenseits des Hausflurs. Ich kann den Kohlenherd sehen und die beiden großen Wassergefäße aus braun glasiertem Ton – eins für Trinkwasser, eins für Waschwasser. Das Trinkwasser kauft man in einem kleinen Laden, nur wenige Schritte entfernt.

Der Granatapfelbaum im Hof ist verschwunden, aber der alte Ziehbrunnen ist geblieben. Wo die großen Tonschalen, gefüllt mit Sojabohnenmehl für das Geschäft meines Vaters, standen, sind zwei kleine Anbauten erstellt worden. Darum wirkt das Haus jetzt so klein und eingeengt. Es gehört aber noch immer meiner Familie und ist nicht verstaatlicht worden. Im Zimmer meines dritten Bruders, wo noch immer die Nachbarn kommen und gehen, um mich willkommen zu heißen, steht auf dem nackten Holzboden außer einem Bett mit Nachttisch, einer Kommode mit Aquarium und Radio, einem Kleiderschrank und mehreren Stühlen ein großer, quadratischer Eßtisch. Diesen Tisch hat meine Schwägerin schon über und über mit Gerichten gedeckt.

Nun trifft auch die erste Tochter meines dritten Bruders mit ihrem Manne ein. Sie war fünf Monate alt, als ich Wuhú verließ. Jetzt hat sie selbst schon ein Töchterchen von acht Monaten, das in einer Wiege hier im Hause schläft. Die beiden Eltern arbeiten im Büro. Morgens gegen halb acht bringen sie ihr Baby hierher zu meiner Schwägerin, also zu seiner Großmutter, und abends nach dem Essen holen sie es wieder ab. Sie haben das niedliche Geschöpf bei seiner Geburt mit einem hoffnungsvollen Namen bedacht und es Ruì-yuán genannt. Ruì tönt ähnlich wie der chinesische Name für die Schweiz, und Yuán bedeutet «vollständig». «Nun bist du also tatsächlich aus der Schweiz eingetroffen, und unsere Familie ist wieder vollständig», so interpretiert es mir mein dritter Bruder.

Wir setzen uns zu Tisch. Nach alter chinesischer Sitte nehmen die hohen Gäste – das sind in diesem Falle meine Mutter und ich – oben am Tische Platz, früher mit dem Rücken zum buddhistischen Altar, heute mit dem Blick zur Tür. Mein dritter Bruder sitzt zu meiner Linken, und somit bleiben noch fünf Plätze frei. Althergebrachter Tradition gemäß haben sich meine Neffen und Nichten in Nebenräumen versteckt, obwohl einige von ihnen schon erwachsen sind und Kinder haben. Auf meine Frage, wo denn die Kinder bleiben, antwortet mein Bruder: «Die sollen ruhig warten. Wir essen zuerst.» Ich bitte ihn, von diesem alten Zopf doch abzusehen und die Kinder mit uns essen zu lassen. Nach langem Hin und Her, Sich-Sträuben und Zaudern setzen sie sich schließlich zu uns, sind aber anfangs noch ganz schüchtern und gehemmt.

In China beginnt man die Mahlzeit mit Reiswein, welcher nach europäischen Maßstäben wohl besser Reisschnaps oder Aquavit hieße. Ich halte die Gelegenheit für günstig, mein Schweizer Kirschwasser aus dem Gepäck zu holen. Es findet Anklang, wird aber mit seinem vierzig Prozent Alkoholgehalt, statt der gewohnten fünfzig bis sechzig, als etwas schwächlich empfunden. Ich verbreite mich nun ausführlich über die westeuropäische Trinkkultur, bis meine Mutter, die still und zurückhaltend zugehört hat, bemerkt: «Du, trink jetzt nur nicht zu viel.» Ich beruhige sie und wende mich an meine Schwägerin: «In Europa haben sie zwar sehr viele und gute Weine, aber sie haben nicht die richtigen Speisen dazu, wie wir hier.» Damit ist das Signal zum Essen gegeben. Aber mein Neffe erinnert zuvor in einer Verteidigungsrede daran, daß in China außer dem sirupsüßen Traubensaft heute auch Weine aus Trauben, Ananas oder Bananen hergestellt würden und daß es immerhin zwanzig bis dreißig Schnapssorten gebe. Ich pflichte ihm bei und erinnere mich, daß auch schon im Geschäft meines Vaters an die zehn Sorten vorrätig waren. «Aber für Europäer wären die viel zu stark.» Mittlerweile hat meine

Schwägerin die Gerichte nochmals gewärmt und reicht mir eine Schale Reis. Meine Mutter hört bei all dem nur mit halbem Ohre zu, ißt mit gutem Appetit und kostet von allen Gerichten, die sie beißen kann.

Inzwischen sind auch meine Nichten und Neffen aufgetaut und stellen unaufhörlich Fragen, nach den vielen Ländern, die ich in den langen Jahren kennengelernt habe, wieviele Kilometer ich von Zürich bis hierher geflogen bin und so weiter. Alle folgen gespannt und aufmerksam meinen Schilderungen. Die Mahlzeit dauert etwas länger als üblich. Das Baby will gefüttert werden. Seine Mutter ist selber klein und zart wie ein Kind. Auch ihre nächstjüngere Schwester gleicht körperlich, obwohl schon zwanzig, eher meiner deutschen «Nichte» von fünfzehn Jahren. Dagegen können ihr etwa sechzehnjähriger Bruder und ihre zehnjährige Schwester sich sehr wohl mit meinen deutschen «Nichten und Neffen» messen. Inzwischen ist auch der erste Sohn meines zweiten Bruders mit Frau und Kind gekommen. Bei meinem Abschied war er vier Jahre alt. Jetzt ist er groß und breitschultrig und arbeitet in einer Fabrik. Sobald er mich sieht, ruft er: «Vierter Onkel!» und lacht über das ganze Gesicht. Dann stellt er mir seine Frau vor: «Mein Liebling.» Auch das ist ein Fortschritt. Früher war die übliche Bezeichnung «alte Oma», und die Männer neckten ihre Frauen gelegentlich mit der Anrede «gelbgesichtige Oma». Die beiden haben ein lustiges dreijähriges Mädchen mit einem runden Gesicht, das mich sofort «alter Opa» nennt. Sie wohnen im selben Haus in einem Nebenzimmer mit eigener Küche. Das Kind nehmen sie morgens mit in die Fabrik oder lassen es beim Großvater, meinem zweiten Bruder, der ebenfalls im Hause, aber in einem Hofzimmer wohnt.

Mittlerweile geht es gegen elf Uhr. Die Neffen und Nichten ziehen sich zurück. Für sie ist es schon spät. Ich sage zu meinem dritten Bruder: «Für dich wird's auch Zeit, daß wir zu Bett gehen. Morgen mußt du schon früh wieder zur Arbeit.» Aber zu meiner Überraschung sagt er: «Nein, mein Vorgesetzter hat mir eine Woche Urlaub gegeben, damit ich dich begleiten und mit dir zusammensein kann.» Er hilft mir jetzt mein Bett zurechtzumachen, und zufrieden und entspannt wickle ich mich in die dick wattierte Decke. *Chang Sin-Ren, Zürich*

GESAMTSCHULE — EIN NOTWENDIGER SCHULVERSUCH

Unter der Überschrift «Schulreform Ja – Gesamtschule Nein» brachten wir am 30. November 1973 einen Bericht von Georg Bürke über die moderne Schulproblematik am Beispiel von Wien-Kalksburg. Einige Leser baten uns damals um eine Gegendarstellung zur Problematik der Gesamtschule. Mit einiger Verspätung können wir nun einen solchen Bericht aus fachkundiger Hand vorlegen. Der Autor war Planungsleiter des integrierten Gesamtschulversuches in Bonn und arbeitet jetzt in Kleve an einem Schulversuch mit, der eine Integration studien- und berufsbezogener Bildungsgänge beabsichtigt. Wie die folgende Darstellung zeigt, sind die Gesamtschulversuche in der Bundesrepublik recht zahlreich. In der Schweiz gibt es hingegen ganz wenige Versuche: Dulliken SO (seit 1970, allerdings ohne Gymnasium), Genf (seit 1972). In Basel und Muttenz kamen Versuche, die planerisch schon sehr weit gediehen waren, nicht zur Durchführung. Vorbereitende Diskussionen sind im Gang in Bern, Luzern, Aargau, Thurgau. *Redaktion*

1968 öffnete die erste Gesamtschule in Berlin-Britz-Buckow-Rudow ihre Tore. 1969 wurden weitere Gesamtschulen vor allem in Hessen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen gegründet. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß der Schwerpunkt der Gesamtschulentwicklung in diesen Bundesländern liegt, werden sie doch alle von der SPD oder einer SPD/FDP-Koalition regiert. Die SPD hatte sich in ihren bildungspolitischen Leitsätzen 1969 für die Einführung der integrierten Gesamtschule ausgesprochen: «Das Schulsystem wird von der überkommenen vertikalen Gliederung in einen horizontalen Stufenaufbau überführt, der den Alters- und Entwicklungsstufen der Schüler entspricht.» Damit hatte sie frühere Aussagen zur Bildungspolitik konkretisiert. Auch die FDP hat sich wiederholt ohne Einschränkung für die Einführung der Gesamtschule ausgesprochen. Die CDU ist dieser Festlegung auf die Gesamtschule als zukünftiger Schulform nicht gefolgt; sie möchte in Schulversuchen zunächst erprobt sehen, ob die Gesamtschule oder ein reformiertes dreigliedriges Schulwesen den pädagogischen und gesellschaftspolitischen Erfordernissen eher entspricht. Auch der Deutsche Bildungsrat sprach sich für eine Versuchsphase für Gesamtschulen aus. Er befürwortete 40 wissenschaftlich begleitete Schulversuche in der Bundesrepublik, die unter unterschiedlichen pädagogischen, organisatorischen, sozialen und geographischen Voraussetzungen begonnen werden sollten.

Inzwischen beteiligen sich alle Bundesländer an diesem Schulversuch. Im Schuljahr 1973/74 arbeiteten 123 integrierte Gesamtschulen, davon allerdings in Hessen allein 59 und in Berlin 12 Schulen. In Bayern gibt es vier Schulversuche, in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein je zwei Gesamtschulen, so daß von einer gleichmäßigen Verteilung der Versuche auf das Bundesgebiet nicht gesprochen werden kann. In Nordrhein-Westfalen hat in sechs Gesamtschulen 1969 der Unterricht in Klasse 5 begonnen (Grundschulen sind den Gesamtschulen nicht angeschlossen). Eine von diesen Schulen ist die vom Bischof in Münster in privater Trägerschaft gegründete Friedensschule.[1] Die SPD hatte in ihrem Regierungsprogramm 1970 einen Großversuch mit 30 Schulen bis zum Jahre 1975 geplant. Dabei war man von der Vorstellung ausgegangen, daß von diesen 30 Schulen eine Art Ölfleckenwirkung ausgehen würde, so daß das Land nach und nach mit weiteren Gesamtschulen überzogen und sich die Gesamtschule auf diese Weise zur Regelschule entwickeln würde. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Gesamtschulgründungen mit größeren Schwierigkeiten verbunden sind, so daß bis 1975 von den geplanten 30 Gesamtschulen nur 18 Schulen arbeiten werden. Hier in Nordrhein-Westfalen kann man sehen, daß die anfangs angenommenen Zeitspannen sich für die Durchführung als viel zu kurz erwiesen haben. An der Zielvorstellung hat sich aber trotzdem nichts geändert: «Gesamtschulen sind und bleiben Vorhut und Pfadfinder für das gesamte Schulwesen, das sich auf dem Wege zur Integration und zur Stufenschule befindet.» (Kultusminister *Girgensohn*).

Zielvorstellungen

Wolfgang Klafki hat in seinem fast schon klassisch zu nennenden Aufsatz «Gesamtschule»[2] die Zielvorstellungen umrissen, die auch heute für viele Gesamtschulen maßgebend sind.

▶ Das Recht des Einzelnen auf Bildung in einer sich als demokratisch verstehenden Gesellschaft soll besser verwirklicht werden als im überkommenen Schulwesen. Insbesondere Kinder aus bildungsfernen Schichten werden in diesem System benachteiligt. Die Folge war, daß nur 6% der Arbeiterkinder (bei einem Gesamtanteil dieser Gruppe von 50% an der Gesamtbevölkerung) im Wintersemester 1964/65 an wissenschaftlichen Hochschulen immatrikuliert waren. Die Gesamtschulen wollen dazu beitragen, daß ein größerer Prozentsatz aus dieser Bevölkerungsgruppe qualifiziertere Bildungs-

[1] Die Erfahrungsberichte über diesen Schulversuch erscheinen im Kösel-Verlag, München.

[2] Zuerst erschienen in «Zeitschrift für Pädagogik» 6/1968, zuletzt wieder abgedruckt in W. Keim (Hrsg.), Gesamtschule, Bilanz ihrer Praxis, Hamburg 1974, S. 30 ff.

abschlüsse erlangt. Die Entscheidung über den Bildungsweg soll nicht schon nach dem 4. Schuljahr, im Alter von 10 Jahren, fallen, sondern sich an den Lernerfahrungen des Schülers in den späteren Schuljahren orientieren. Schullaufbahnentscheidungen sollen möglichst lange korrigierbar bleiben. Auf diese Weise soll die Abhängigkeit der Entscheidungen über Ausbildungsgänge von den traditionellen Vorstellungen im Elternhaus vermindert und die Leistungsfähigkeit des einzelnen Schülers zur Grundlage der Bestimmung der Bildungswege werden.

▶ Die Gesamtschule soll der Individualisierung des Bildungsprozesses mehr Raum als das überkommene System bieten. «Sie soll die Schüler, die auf bestimmten Gebieten leistungsfähiger als der Durchschnitt sind, besser fördern, ihren Interessen stärker entgegenkommen und ihre Fähigkeit überdurchschnittlich herausfordern; sie soll aber parallel dazu auch spezielle Hilfen und gezielte Impulse für die jeweils weniger Fähigen oder Motivierten oder Interessierten bieten» (Klafki). Dieses soll durch ein System, in dem der Schüler nach seinem Leistungsvermögen in den einzelnen Fächern unterschiedlich strukturierten Kursen zugewiesen wird (setting-System), besser gewährleistet werden als in einem Schulwesen, in dem der Schüler aufgrund seiner allgemeinen, nicht fachspezifischen Lernfähigkeiten in bestimmte Klassen (streaming-System) kommt. In der Gesamtschule kann ein sprachlich begabter Schüler im Englischen beispielsweise einen Kurs besuchen, der gymnasialen Anforderungen entspricht, wohingegen er in Mathematik in einem Kurs unterrichtet wird, der in seinem Anspruchsniveau an die Lehrpläne der Hauptschule angelehnt ist. Zusätzlich sollen durch Neigungskurse die Interessen der Schüler besser aufgefangen werden.

Allerdings läßt sich ein solches Kurssystem nur bei einer bestimmten Schulgröße durchführen. In der Regel besuchen 1000–1500 Schüler eine Gesamtschule, die alle Klassen der Sekundarstufe I umfaßt, was eine Reihe bisher nicht bekannter Probleme an diesen Schulen aufwirft.

▶ Gesamtschulen sollen zu sozialer Integration beitragen. *Horst Mastmann*, der erste Leiter der Gesamtschule in Britz-Buckow-Rudow, hat diese Forderung für seine Schule so formuliert: «Unabhängig von Gruppenzugehörigkeit und sozialer Stellung der Eltern ist die Gesamtschule für die Schüler ein Ort sozialer Integration. Die Gesamtschule fördert durch die Begegnung von Schülern unterschiedlicher Befähigungen und Interessen das gegenseitige Verstehen und die Rücksichtnahme aufeinander.»[3] Von einem längeren gemeinsamen Lernen der Schüler aus allen Bevölkerungsschichten verspricht man sich, daß gesellschaftliche Vorurteile abgebaut oder ihr Entstehen vermieden werden kann.

Nach der Gründung der ersten Gesamtschulen wurde schnell deutlich, daß die Lehrer in einen Konflikt gerieten, wenn sie das Ziel der optimalen Förderung jedes Schülers in gleicher Weise verwirklichen wollten wie das Ziel der sozialen Integration. Wenn Schüler ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden sollen, müssen die Klassen-, die Kerngruppen, nach ihren Lernfähigkeiten getrennt werden; dabei besteht die Gefahr, daß diese neuen Lerngruppen sich gegeneinander verfestigen. Soziale Koedukation erfordert in möglichst vielen Fächern das Zusammenbleiben der ursprünglichen, nach Begabungsunterschieden nicht getrennten Klassen oder «Kerngruppen» und bedeutet, daß eine Aufteilung der Klasse möglichst lange hinausgeschoben wird und möglichst wenig Gruppen gebildet werden. Die Lehrer an den einzelnen Gesamtschulen müssen entscheiden, ob sie bereits in einem frühen Stadium unterschiedliche Lerngruppen bilden oder die Kerngruppen zunächst bestehen lassen und andere Methoden der individuellen Förderung einführen. Die Diskussion dieser für die Struktur einer Gesamtschule entscheidenden Frage ist in der Bundesrepublik in vollem Gange.

Wie funktioniert die Gesamtschule?

Die Schüler der Gesamtschule werden in der Regel nach dem 4. Schuljahr in die Gesamtschule übernommen. Es werden Schülergruppen gebildet, die in bezug auf ihre Begabung heterogen zusammengesetzt sind. So werden beispielsweise Grundschulklassen geschlossen in die Gesamtschule zu einer Kerngruppe zusammengefaßt. Damit entsteht das Problem, wie eine Passung des Lernangebots an die verschiedenen Begabungen erreicht werden kann. In der Regel bleiben Fächer wie Sport und die musischen Fächer dem Unterricht in der Kerngruppe vorbehalten. Ebenso werden die Fächer in der Kerngruppe unterrichtet, die in besonderer Weise einen Beitrag zur sozialen Koedukation leisten sollen: das Fach Gesellschaft/Politik – ein Integrationsfach, in dem die Fächer Geschichte, Politik und Erdkunde zusammengefaßt sind – sowie das Fach Religion. Eine Aufteilung der Kerngruppen nach der Leistungsfähigkeit der Schüler – die äußere Leistungsdifferenzierung – wird besonders in den Fächern Englisch – allgemein die erste Fremdsprache –, Mathematik und Deutsch vorgenommen.

Die äußere Leistungsdifferenzierung ist unter dem Namen «FEGA-System» bekannt geworden und zuerst von der Gesamtschule Berlin-Britz-Buckow-Rudow praktiziert worden. Es handelt sich um ein vierstufiges Modell, wobei die Abkürzung für Förder-, Ergänzungs-, Grund- und Aufbaukurs steht. Nach einer gewissen Einarbeitungszeit (etwa 4–6 Monate) werden die Schüler aufgrund mehrerer Tests in einen dieser Kurse eingestuft. Alle Kurse arbeiten einen festgesetzten Lernstoff durch, die Lernziele bilden das sogenannte «Fundamentum» für alle Kurse. Die Schüler in den Förder- und Ergänzungskursen erarbeiten zu dem Fundamentum des Grundkurses zusätzlichen, vertiefenden Unterrichtsstoff; der Anteil an theoretischen und abstrakten Unterrichtselementen ist in diesen Kursen jeweils größer. Der Aufbaukurs bleibt den Schülern vorbehalten, die besonderer Hilfe bei der Erarbeitung des Fundamentums bedürfen. Jeweils nach einem halben Jahr können geeignete Schüler in höhere Kurse aufsteigen, schwächere Schüler steigen in niedrigere Kurse ab. Nach einem längeren Zeitraum – etwa 2 Jahre – wird das Lerntempo in den oberen Kursen schneller, so daß ein Umsteigen in einen höheren Kurs zunehmend schwieriger wird.

Die Schule bietet Stütz- oder Liftkurse an, die dem Schüler den Aufstieg in einen höheren Kurs erleichtern oder ihm das Verbleiben in dem bisherigen Kurs ermöglichen sollen. Es ist nicht vorgesehen, daß ein Schüler ein Schuljahr wiederholt. Allerdings wird ein gehobener Schulabschluß durch Abstufungen in verschiedenen Fachkursen unmöglich gemacht. Die Höhe des Schulabschlusses (Hauptschulabschluß oder Fachoberschulreife, früher mittlere Reife) hängt nämlich ab von der Qualität der besuchten Kurse und der Leistungen, die in diesen Kursen erbracht werden. Aufgrund einer Kombination der Resultate aus den verschiedenen Kursen wird dem Schüler der Schulabschluß zugesprochen.

In der 7. Klasse wird den Schülern eine Wahl zwischen der zweiten Fremdsprache, einer Naturwissenschaft, dem Fach Technik/Wirtschaft und an einigen Schulen einem Fach aus den Sozialwissenschaften und den musischen Fächern ermöglicht. Bei dieser Wahl, bei der die Lehrer die Schüler unter Berücksichtigung der bisherigen Lernergebnisse beraten und eine Empfehlung geben, ist es natürlich leichter möglich, Begabung und Neigung der Schüler zu erfassen, so daß in den neuen Fachkursen homogenere Gruppen als in der 5. Klasse entstehen. Die Eltern haben auf die Wahlentscheidung einen begrenzten Einfluß: wenn sie der Empfehlung der Schule nicht folgen wollen, wird der Schüler in der Neigungsgruppe unterrichtet, die die Eltern gewählt haben; spätestens nach 6 Mona-

[3] Mastmann/Flößner/Teschner (Hrsg.): Gesamtschule, Schwalbach 1968, S. 34.

ten trifft die Schule aber eine endgültige Entscheidung über die Zuweisung zum Fachkurs, die dann für die ganze Sekundarstufe I verbindlich bleibt.

Die Passung des Lernangebots an Begabung und Neigung des Schülers wird in vielen Gesamtschulen durch ein kombiniertes Angebot von Leistungs- und Neigungskursen zu erreichen versucht. Der Anteil der Stunden, die in der Kerngruppe unterrichtet werden, wird in diesem System zunehmend geringer: in der 9. Klasse wird nur noch 20% der Unterrichtsstunden in der Kerngruppe unterrichtet.

Kollision der Ziele

Diese «äußere Leistungsdifferenzierung» ist inzwischen von Gesamtschullehrern und anderen Pädagogen (z.B. der Kreis um das im Beltz-Verlag erscheinende Magazin «betrifft: erziehung»), die das Ziel der optimalen Förderung jedes Schülers dem Ziel der sozialen Koedukation oder Integration untergeordnet sehen wollen, kritisiert worden. Sie glauben, daß durch die unterschiedlichen Leistungskurse die gesellschaftliche Schichtung reproduziert und die alten Schulformen sich in den Leistungskursen wiederfinden würden, daß der Leistungsdruck in diesem System unter den Schülern zu neuen Frustrationen führe, von denen besonders die Unterschichtkinder betroffen würden.

Diese Kritik an dem Leistungskurssystem hat zu einem Modell der sogenannten «flexiblen (oder pädagogischen) Differenzierung» geführt, das zuerst an der Gesamtschule Fröndenberg (Sauerland) ausprobiert wurde. Hier werden zunächst 100–120 Schüler zu einer Großgruppe zusammengefaßt. In dieser Großgruppe, die von mehreren Lehrern betreut wird, wird der Unterrichtsstoff dargeboten (etwa 2 Wochen). Nach dieser Einführung folgt ein Test, durch den festgestellt werden soll, wieweit der einzelne Schüler den Stoff bereits beherrscht. Aufgrund der im Test festgestellten Lerndefizite werden nun für eine bestimmte Zeit (zwischen 1 und 6 Wochen) 4 oder 5 unterschiedlich große Gruppen gebildet: eine kann sofort mit einem Vertiefungskurs (Additum) beginnen, ein zweiter und dritter wird noch Teile der Grundinformation (Fundamentum) wiederholen und weniger Elemente aus dem Additum durcharbeiten können, während die übrigen beiden Kurse mit der Wiederholung des Fundamentums unter neuen methodischen Ansätzen beschäftigt sind. Am Ende der Unterrichtseinheit soll durch einen erneuten Test sichergestellt werden, daß möglichst alle Schüler so ausreichende Kenntnisse im Fundamentum erreicht haben, daß mit der nächsten Unterrichtseinheit begonnen werden kann. Auf diese Weise verfestigen sich nicht bestimmte Gruppen, wenn auch nach zwei Jahren fast immer dieselben Schüler in den einzelnen Differenzierungsgruppen zu finden sind, so daß sich damit ein Übergang zur äußeren Leistungsdifferenzierung anbietet.

Die Unterrichtsform setzt Großgruppenräume voraus, in denen 100 und mehr Schüler untergebracht werden können. Ein solcher Großraum wird durch leicht verstellbare Wandelemente relativ schnell in unterschiedlich große Gruppenräume aufgeteilt.

Als schwerwiegende Nachteile haben sich aber inzwischen herausgestellt:

- eine durchgängige Unterscheidung der Lerninhalte nach Fundamentum und Additum ist bisher nicht überzeugend gelungen;
- die Schüler können keine festen Bezugsgruppen aufbauen. Die Zusammensetzung der Lerngruppen wechselt häufig und zwingt die Schüler immer wieder, sich neu zu orientieren, zumal der Klassenlehrer als Bezugsperson fehlt. Der Ersatz durch einen selbstgewählten oder auch zugeordneten Tutor reicht nicht aus;
- der Unterricht im Großraum ist notwendigerweise mit einem gewissen Geräuschpegel verbunden. Das führt nicht nur zu nervösen Spannungen bei Lehrern und Schülern, sondern verhindert auch die zwischen den Schülern notwendige Kooperation. Schüler der letzten Bänke können sich nicht mehr verständlich machen.

Die Informationsstelle Gesamtschulen im Pädagogischen Zentrum Berlin hat im Frühjahr 1973 eine Umfrage bei allen Gesamtschulen durchgeführt und dabei festgestellt, daß von 78 Gesamtschulen mehr als die Hälfte bereits in der 5. Klasse eine äußere Leistungsdifferenzierung auf mindestens zwei Niveaus durchführen. In der 7. Klasse wird Fachleistungsdifferenzierung in Deutsch bei 49% der Schulen, in Englisch zu 82% und in Mathematik in 87% der Schulen praktiziert.

Aloisius Regenbrecht, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Friedensschule in Münster und Professor an der PH Münster, hat kürzlich in einem Interview auf diese Umfrageergebnisse Bezug genommen und abschließend festgestellt: «Untersuchungen aus der Walter-Gropius-Schule in Berlin (Britz-Buckow-Rudow), die einen Zeitraum vom 7. bis 10. Schuljahr kontrolliert haben, haben die Kernhypothese, Fachleistungskurse diskriminieren die Schüler unterer sozialer Schichten, eindeutig widerlegen können.»[4] Die in der Kritik am Fachleistungskurssystem behaupteten Effekte haben sich in der empirischen Unterrichtsforschung nicht nachweisen lassen.

Soziale Integration

Der Begriff «Soziales Lernen» hat in den letzten zwei Jahren den zunächst sehr häufig gebrauchten Begriff «Soziale Integration» abgelöst. Durch gemeinsames Lernen von Schülern aus allen Bevölkerungsgruppen soll die Integration der verschiedenen Schichten in der Bundesrepublik angestrebt werden.

Dieses Ziel sollte einmal dadurch erreicht werden, daß so viel Unterricht wie möglich in den ursprünglichen Kerngruppen erteilt wurde und die Bildung von unterschiedlichen Leistungsgruppen auf spätere Klassen verschoben wurde. Überdies sollten – vor allem im Fach Gesellschaft/Politik – die Zugehörigkeit der Schüler zu verschiedenen Schichten besprochen und die Unterschiede und ihre Ursachen verdeutlicht werden. Weiter sollte die gemeinsame Gestaltung der Freizeit Schüler unterschiedlicher Herkunft zusammenbringen. Dazu ist es notwendig, daß Gesamtschulen grundsätzlich Ganztagsschulen sind; nur so steht genügend Zeit zur Verfügung, hier neue Wege zu beschreiten.

An dieser Konzeption setzte heftige Kritik an: Die Integration von Kindern verschiedener sozialer Schichten in der Bundesrepublik, einer spätkapitalistischen Gesellschaft, sei solange unmöglich, als nicht die ökonomischen und sozialen Strukturen geändert seien. So *Evers*, der Vorsitzende der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule und frühere Berliner Schulsenator, in seiner Eröffnungsrede zur Gesamtschultagung 1973 in Leverkusen:[5]

«Beim Start der Gesamtschulbewegung kannten wir noch nicht die Ergebnisse jener Sozialisationsforschungen, die darauf hinweisen, daß durch mindestens paritätische Mitbestimmung am Arbeitsplatz oder durch Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe die Stellung der Arbeitereltern am Arbeitsplatz geändert werden muß, wenn man die Bedingungen der Erstsozialisation eines Kindes in der Familie ändern und so die Voraussetzungen schaffen will, daß Arbeiterkinder gleiche Chancen erhalten. Und wir hatten auch jene ideologische Illusion einer kompensatorischen Erziehung, die meinte, Bewußtsein ändern zu können, ohne das Sein zu verändern.»

[4] Aloisius Regenbrecht: Schulversuch Integrierte Gesamtschule in der Krise? in Forum E, Heft 5/1974, Verlag Ferdinand Kamp, Bochum, S. 122.
[5] Gesamtschule 1973. Praxisprobleme der Gesamtschule im Zusammenhang mit ihren theoretischen Intentionen. (Hrsg.): Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V., Bochum, S. 9.

Diese Kritik wird von einigen Pädagogen dahin weitergeführt, daß gerade deswegen die Gesamtschule in der Bundesrepublik in den letzten Jahren so gefördert und ausgebaut sei, weil sie zur Festigung des bestehenden kapitalistischen Systems diene, indem sie einen breiten und höher qualifizierten Nachwuchs bereitstelle als das dreigliedrige Schulwesen. *Johannes Beck*, Professor für Pädagogik in Frankfurt, faßt diese «systemstabilisierende» Funktion der Gesamtschule zusammen:[6]

▶ die Gesamtschule ermöglicht eine breite und einheitliche Verbesserung der Qualifikationsstruktur der Bevölkerung durch Vermittlung einer technologisch-wissenschaftlichen Bildung und durch die Erzeugung neuer «kultureller Bedürfnisse» für den Konsum,

▶ geleitet von einem neuen leistungsorientierten Begabungsbegriff ermöglicht die Gesamtschule durch rationelle Verfahren der Differenzierung und Leistungsmessung die optimale Abschöpfung aller verwertbaren Begabungsreserven.

▶ durch Lernziele wie «Lernen lernen» und die Individualisierung bzw. soziale Differenzierung der Schullaufbahnen läßt sich der ökonomisch notwendige Bereich der Weiterbildung gut an die Gesamtschule anschließen,

▶ aufgrund ihrer Betriebsgrößen und dem dadurch möglichen Einsatz modernen Managements arbeiten die Gesamtschulen rentabel im Sinne des Input-Output-Verhältnisses.

Diese Kritik führt allerdings nicht zur Abkehr vom Gesamtschulversuch, die Gesamtschule soll vielmehr zum Ansatzpunkt werden, systemverändernde Lernprozesse einzuleiten. Auf diese Weise soll die Gesamtschulbewegung einen neuen Sinn bekommen. «Antikapitalistisches Bewußtsein» – und das heißt letztlich Klassenbewußtsein – bildet sich erst in Klassenkämpfen. Es bildet sich jedoch nur dann, wenn diese Kampferfahrungen von den Beteiligten im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang interpretiert werden; auch wenn es nur gelänge, durch gesellschaftsverändernde Praxis in der Schule ein politisches Bewußtsein zu schaffen, das eine solche Interpretationsfähigkeit vorbereitet, wäre viel gewonnen. Strategisches Lernen liefe dann gleichermaßen auf eine Propädeutik für antikapitalistische Strukturreformen hinaus.[7]

Diese marxistische Interpretation des Begriffes «soziales Lernen» ist nicht unwidersprochen und an vielen Gesamtschulen auch ohne Einfluß auf die Arbeit geblieben. Inzwischen ist außerdem die Einsicht gewachsen, daß soziale Koedukation oder soziale Integration ein langwieriger Prozeß ist und daß die Aufgabe der Gesamtschule zurückhaltender formuliert werden muß:

«Gesamtschule wird als eine besondere Möglichkeit angesehen, Kinder verschiedener gesellschaftlicher Schichten zur Entdeckung und zum Bewußtwerden der sozialen Unterschiede hinzuführen. Ziel solcher Entdeckungsprozesse sollen die Artikulation und gemeinsame Diskussion sozialer Konflikte sowie die Einsicht sein, daß die in der Familie selbstverständlichen Lebensformen nicht naturgegeben und unveränderlich sind.»[8]

Unterricht in «Projekten»

Die Betonung des «sozialen Lernens» in der Gesamtschule hat vielfach zu einer Abkehr vom fachgebundenen Lehrgang im Unterricht geführt. Der Unterricht wird aus einer Reihe von sogenannten «Projekten» aufgebaut. Unterricht in Projekten bedeutet, daß komplexe Gegenstände thematisiert und fächerübergreifend unterrichtet werden. So ist beispielsweise der Umweltschutz ein beliebter Gegenstand für einen Projektunterricht: naturwissenschaftliche Prozesse müssen von den Schülern erkannt werden, Umweltschutz hat soziale Aspekte, politische und verfassungsrechtliche Gesichtspunkte sind bei der Behandlung eines konkreten Umweltschutzproblemes zu berücksichtigen. Der Komplexität der Themen entspricht eine Vielfalt von Arbeitsformen: Einzelarbeit, Gruppenarbeit usw. Die Schüler können sowohl an der Auswahl der Themen als auch an der Aufstellung des Arbeitsplans beteiligt werden. Ein solches Projekt eignet sich für heterogen zusammengesetzte Klassen besonders, da die unterschiedlichen Fähigkeiten der Schüler angesprochen werden können, ohne daß die Förderung auch begabter Schüler unter dieser Zusammenarbeit leiden müßte. Vielfach werden auch Fähigkeiten verlangt, die im normalen Unterricht nicht notwendig sind: Leitung einer kleinen Arbeitsgruppe, selbständiges Organisieren einer Teilaufgabe usw. Allerdings setzt diese Unterrichtsform eine enge Zusammenarbeit der Lehrer voraus, für die es noch wenig Tradition in deutschen Schulen gibt und die erst eingeübt werden muß.

Die integrierte Gesamtschule hat nach den bisherigen Versuchen noch nicht das Stadium erreicht, in dem man ein endgültiges Urteil über das Gelingen oder Nichtgelingen des Versuchs abgeben kann. Infolgedessen ist auch längst noch nicht der Zeitpunkt gekommen, sie allgemein als Regelschule einzuführen. Aber angesichts der Tendenz, für die Grundstufe, Sekundarstufe I und Sekundarstufe II eigene Stufenschulen zu schaffen, wie es der Gesetzentwurf der nordrheinwestfälischen Landesregierung vorsieht, werden Hauptschule, Realschule und das Gymnasium näher aneinandergerückt und Diskussionen über die Ausgestaltung dieser Stufenschule begonnen. Für diese Diskussionen hat die Gesamtschule bereits jetzt eine Fülle von Erfahrungen beigesteuert, die auch die zur Kenntnis nehmen müssen, die diese Schule ablehnen. Die Gesamtschule ist für die zukünftige Gestaltung des Schulwesens in der Sekundarstufe I ein notwendiger Schulversuch.

Rolf Eilers, Kleve

[6] Johannes Beck u.a.: Erziehung in der Klassengesellschaft, München 1971, S. 105 ff.

[7] H. G. Rolff, Klaus-Jürgen Tillmann: «Strategisches Lernen durch gesellschaftsverändernde Praxis» in päd. extra, 2/74, S. 28. (Dieser Beitrag ist wieder abgedruckt in «Strategisches Lernen in der Gesamtschule – Gesellschaftliche Perspektiven der Schulreform» –rororo–Sachbuch, Reinbek 1974.)

[8] W. Keim: Soziales Lernen in der Gesamtschule. Gesamtschule, S. 176/1974.

Die Aufgabe der Kirche für eine nichtchristliche Welt?

«Die Synode ist für uns bereits vorbei: Wir konnten uns aussprechen, der Papst hat uns zugehört, und wir haben gesagt, was wir zu sagen hatten.» So vernahmen die Journalisten während einer offiziellen Pressekonferenz in der «Sala Stampa» aus dem Mund des Erzbischofs von Yaoundé, Monsignore *Zoa*. Der Erzbischof sprach für alle Afrikaner, und seine Worte drückten Zufriedenheit aus. Die Journalisten aber schauten in ihre Kalender. Man schrieb den 15. Oktober, und noch bis zum 26. des Monats sollte es weitergehen. *Was* konnte unter diesen Umständen noch weitergehen?

Mißglückter Start zur zweiten Etappe

Zu jenem Zeitpunkt befand sich die Synode in ihrer zweiten «Runde», dort, wo wir sie im letzten Bericht hinsichtlich der ersten Phase stehenließen, das heißt beim Übergang von den monologischen Wortmeldungen im Plenum zu den Diskussionen in den «circoli minores».[1] Nach dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch sollte der zweite Teil gemäß dem vorgelegten Programm und «Arbeitsinstrument» der Klärung

[1] Orientierung Nr. 19 vom 15. Oktober 1974. Auf die «Ergebnisse» dieser Zirkelarbeit werden wir im Schlußbericht zurückkommen, wenn auch die Zusammenfassungen der zweiten Phase und allfällige Schlußfolgerungen vorliegen. Schon jetzt kann aber gesagt werden, daß das Thema der «Ortskirche» (siehe erster Beitrag) sich erneut in den Vordergrund geschoben hat.

einiger *theologischer* Themen dienen, die mit den im ersten Teil berichteten Erfahrungen «verknüpft» seien. Man mochte also füglich erwarten, daß Themen, die sich aus dem Erfahrungsaustausch herauskristallisiert hatten, nun einer theologischen Vertiefung zugeführt würden. Doch kaum hatte der offizielle Berichterstatter zum zweiten Teil, Kardinal *Woytila*, Erzbischof von Krakau, im ersten Satz seiner Einführung diese Erwartung geweckt, wurde sie auch schon enttäuscht. Er erklärte, das Thema der Evangelisierung «vom Theologischen her» behandeln zu wollen. Alsbald war klar, daß nicht etwa der begonnene induktive Weg fortgesetzt wurde, sondern daß «die» Theologie der Evangelisierung als etwas Fixfertiges zur Darstellung gelangte: «Die Durchführung jenes Auftrages, den Christus den Aposteln gab und der auch heute noch von deren Nachfolgern unter der Leitung des Nachfolgers Petri zu erfüllen ist», usw. Der Gesamteindruck: alle Evangelisation hat von den Bischöfen auszugehen.

Die Frustration, die diese Einführung mit sich brachte, läßt sich mit der erwarteten Begegnung in einem Bahnhof vergleichen. Ein erster Zug voller Leute, die etwas zu erzählen haben, hält an. Ein zweiter kommt aus der Gegenrichtung und – fährt vorbei. Dabei hätte man sich vorstellen können, daß er angehalten hätte, die Insassen hätten die Fenster hinuntergelassen und sich mit den bereits Angekommenen unterhalten. Das wäre geschehen, wenn der Gegenzug die Zeugen der *Geschichte* der Evangelisierung mitgebracht hätte. Es wäre dann sicher nicht nur von den a priori hierarschisch verstandenen «Aposteln» die Rede gewesen, sondern von den «Zersprengten», die in Antiochien plötzlich Christen genannt wurden, von den Händlern und Kaufleuten, die den Namen Jesu verbreiteten, von Diakonen wie Stephanus und Philippus, denen das Soziale zugedacht war und denen unverhofft die Gabe der Verkündigung (die sich die Apostel reservieren wollten) zuteil wurde. Und schon wäre man in der theologischen Deutung des Evangelisationsgeschehens gewesen, das nach der Darstellung gerade der Apostelgeschichte immer wieder die vorgefaßten Konzepte und Ämterverteilungen sprengte. Und so weiter: zum Beispiel zu den Wanderpredigern der Didache und zu den irischen Mönchen, die kaum einem Bischof nachfragten. Oder zu den «schismatischen» Nestorianern, die den Namen Jesu bis nach Indien, ja möglicherweise bis nach Peking, brachten. Aber von all dem fiel kein Wort: Theologie wurde geschichtslos dargeboten und hatte deshalb auch zum heutigen Geschehen keinen Bezug. Ein Jammer!

Dabei hätte es gar keiner neuen Einführung bedurft und man hätte, wenn man schon eine theologische Fragestellung suchte, auf die *Eröffnungsansprache des Papstes* vom 25. September zurückgreifen können. Paul VI. ging jedenfalls von der Sendung, ja von ihrer Verpflichtung («Weh' mir, wenn ich nicht verkünde...») und von ihrer Universalität («Zu allen Völkern...») aus und stellte ihr die «schwierige Frage des Ökumenismus und der nichtchristlichen Religionen» gegenüber; denn letztere dürften «nicht als Rivalen oder als Hindernisse zur Evangelisierung betrachtet werden, sondern als ein Bereich respektvollen und lebendigen Interesses sowie brüderlicher und bereits begonnener Freundschaft». Der Papst sprach denn auch von der «Freiheit und den echten religiösen und sittlichen Werten, die sich auch bei den nichtchristlichen Völkern finden – Werte, in denen man jedoch eine providentielle Offenheit auf die Fülle der christlichen Offenbarung finden kann –», um schließlich das «besondere Anliegen» der Synode folgendermaßen zu formulieren: «Wie läßt sich die Achtung vor den Personen und den Zivilisationen und wie läßt sich der aufrichtige Dialog mit ihnen, der eine Grundbedingung christlichen Verhaltens ist, mit dem Universalismus der Sendung in Einklang bringen?»

Diese Fragestellung war auf jeden Fall sowohl theologisch wie aktuell, und sie lag dem, was die Bischöfe zu sagen hatten, sehr viel näher als das, was ihnen der Berichterstatter zur Einführung vortrug, bzw. was ihnen zuvor als Wegleitung im «Arbeitsinstrument» zugestellt worden war. Die Bischöfe reagierten auf den verpatzten Start auf ihre Weise. Die einen griffen die Vorbereitungspapiere frontal an oder suchten, ihnen etwas theologisch Besseres gegenüberzustellen. Die anderen ließen die ganze Zweiteilung in Erfahrung und Theologie außer acht und fuhren im Stil des ersten Teils mit der Mitteilung und Deutung und Entwicklung und Erfahrung fort. Eine dritte Gruppe, darunter nicht wenige Lateinamerikaner, verfiel ins Predigen, wobei die Unbestimmtheit ihrer Adressaten mithalf, daß sie meist Beispiele für schlechtes Predigen lieferten.[2]

Milliarden bleiben «Nichtchristen»

Der ersten Gruppe muß man es zugute halten, daß sie die Konfrontation nicht scheute, und man kann im Nachhinein auch froh sein, daß manche Stellen im «Arbeitsinstrument» zum Widerspruch reizten. So warf ihm Erzbischof *Angelo Fernandes* von New Delhi u.a. die Konzeption einer «Bekehrung zur Kirche» vor, wo es doch um jene Bekehrung zu Gott gehe, die jedem Menschen, ob Christ oder nicht, als «nie fertiger Prozeß» aufgegeben sei. Auch der ehrwürdige Erzbischof von Algier, Kardinal *Duval*, wollte die nicht nur dieser Kirche anvertraute Wahrheit, sondern den verstreuten Samen des «Gott-Logos» überall in der Welt keimen und aufsprossen sehen, denn «seine Botschaft des Heils hat Gott nicht auf Papier, sondern in die Geschichte der Menschen geschrieben, und mag die Bibel das bevorzugte Zeugnis sein: die Geschichte geht weiter, und Gottes Wahrheit muß in ihr unterscheidbar sein.»

Samuel Carter SJ, Kingston, Jamaica, fragte nach dem Mysterium des Schicksals der Nichtchristen, die es seiner Ansicht nach nicht nur zu Millionen, ja Milliarden gibt und gegeben hat, sondern vermutlich auch immer geben wird und die Gott außerhalb der sichtbaren Kirche retten will. Was kann und was muß die Kirche für diejenigen tun, die die Taufe nicht empfangen?

Für Carter genügt es nicht, an ein Wirken des Heiligen Geistes auch außerhalb der Kirche zu glauben. Es gilt zu sehen, daß die Kirche für die Ausbreitung des Gottesreiches auch unter jenen, die Nichtchristen bleiben, zu arbeiten habe. Lange Zeit habe die katholische Theologie Kirche und Reich Gottes gleichgesetzt, aber im Zweiten Vatikanum (Lumen Gentium) hat sich die Kirche wieder als Instrument für die Ankündigung und die Förderung des Reiches Gottes verstehen gelernt. Deshalb sollten wir die Vaterunser-Bitte «Dein Reich komme» so beten, daß alle Menschen den Weg, den Gott sie führen will, erkennen. Dabei gehe es nicht darum, Juden, Moslems und andere Gottesverehrer oder Gottsucher sich selbst zu überlassen: auch solchen, die nie die Taufe suchen, hätte die Kirche durch ihr Zeugnis, vor allem durch gelebte Nächstenliebe, vieles zu bieten; gerade dort, wo die Christen eine ganz kleine Minorität seien, sollte ihr Werk als Sauerteig für eine ganze Bevölkerung geschätzt und das Wirken der Missionare nicht nach den Zahlen der Taufen beurteilt werden.

Ähnlich äußerte sich der koreanische Kardinal *Kim*. Wenn auch in Asien die «direkte Evangelisation» immer noch ihren Sinn und Wert habe, gelte es doch den Blick auf die in ungeheurem Tempo wachsenden Menschenmassen zu richten und durch ein aufrichtiges und persönliches Zeugnis der Wahrheit, der Liebe und der Gerechtigkeit den Grundsätzen des Evangeliums in zäher Arbeit Schritt um Schritt in allen Bereichen des kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und auch politischen Lebens Eingang zu verschaffen. Nur so wird die Kirche als Ganzes ein «Sakrament» für das Ganze der Welt. Es liegt allerdings auf der Hand, daß dann die Kirche in ihrem ganzen Sein und «So-Sein» auf ihr Zeugnis zu befragen ist, und alsdann stellt sich die Frage nach dem Gegenzeugnis, das sie gibt bzw. ist.

[2] Gegen ein «Allen-Alles-Werden-Wollen», sei es auf der Synode, sei es sonst bei der Predigt, wandte sich der Churer Bischof Dr. Johannes Vonderach. Er forderte eine je nach den Adressaten und ihren Nöten entwickelte Hierarchie der Wahrheiten.

Die Täuschung einer bloßen Religionsfreiheit

Kardinal Kim, der schon auf der letzten Bischofssynode für die Kirche in Korea den Abstand vom Ideal der Brüderlichkeit und Gerechtigkeit eindrücklich bekannt hatte, stellte diesmal die Frage, wie sich die Kirche zumal in Asien in den Augen der Jugend und der Armen darstelle. Die asiatischen Völker machten allenthalben schwere Krisen durch. Die Kirche aber, statt spontan ihr eigenes Leben für diese Völker aufs Spiel zu setzen, gehe allzu oft an der Not vorbei, schaue nur auf ihr eigenes Überleben und gleiche jenem Leviten in der Parabel, der den von Räubern Verwundeten links liegen lasse und «seinem» Tempel entgegeneile. Kim wurde noch deutlicher und ging auf die Religionsfreiheit ein, die die Kirche verlangt und für die sie einsteht. Die Religionsfreiheit, im Sinne der Aufklärung als bloße Kultfreiheit verstanden, ist für Kim eine Täuschung. Sie führt «in verschiedenen Gegenden Asiens dazu, daß man pharisäisch darüber hinwegsieht, wie die fundamentalen Menschenrechte, ja schließlich die menschliche Freiheit selber in ihrer Integrität und Unteilbarkeit verweigert und ausgeschaltet werden. Dabei läßt sich die echte religiöse Freiheit nicht von den übrigen Rechten und Freiheiten des Menschen trennen».

Der Kardinal findet es unverständlich, daß die Kirche «laute Klage» erhebt, wo es um ihre Privilegien und Institutionen geht, aber kaum ein Wort und eine solidarische Aktion findet, wenn andere unterdrückt werden. «Zum Beispiel schreit die ganze katholische Welt, Bischöfe, Priester und Laien, auf, wenn unsere Schulen von der Regierung bedrängt und der Zugang zu den Kirchen behindert wird, oder wenn Priester und Gläubige verfolgt und ins Gefängnis geworfen werden. Wenn aber ehrenhafte Männer und Frauen, nur weil sie die menschlichen Grundrechte verteidigen, Grausamkeiten erleiden müssen, ja ohne Prozeß verurteilt werden, dann zögern die Hirten der Kirche und bezweifeln, daß es ihre Aufgabe sei, die Rechte dieser Menschen zu verteidigen und ihre Sache zu der ihren zu machen.» Diesem beklagenswerten Gegenzeugnis, bei dem die «Tempel aus Holz und Stein in der kirchlichen Wertordnung oft höher zu stehen scheinen, als die lebendigen Tempel, die Gott sich in den Menschen geschaffen hat», stehe die Solidarität mit den Leidenden in manchen weltlichen Gruppen gegenüber: obwohl man sich in diesen nicht zum Christentum, ja vielleicht zu gar keiner Religion bekenne, falle ihre Solidarität manchmal überzeugender aus.

Religion der Befreiung oder «Opium»

Was Kim für die Bischöfe von ganz Asien vortrug, nahm der bisherige Generalobere der Weißen Väter, Pater *van Asten*, auf, indem er nach der Glaubwürdigkeit der Kirche als «Zeichen des Heiles» und der Befreiung für jeden Menschen fragte. Man dürfe nicht nur nach der «inneren Glaubwürdigkeit» sondern müsse auch nach dem Bild fragen, das die Kirche von sich nach außen darbiete, wie sie von der nichtchristlichen Welt gesehen werde. Und dann sei ein ganzer Katalog von Identifikationen zu notieren. Die Kirche sei in den Augen der andern: westlich (abendländisch), lateinisch, maskulin und kapitalistisch; sie verurteilt Gewalt von links gegen rechts eher als umgekehrt, und so will die Vorstellung von «Kirche» mit der von «Freiheit» nicht zusammenpassen.

Hier wäre nun eine ganze Serie von Interventionen aus Lateinamerika zum Thema Befreiung nachzutragen, die zum Teil schon in der ersten Runde vorgetragen wurden. Da sie weitgehend mit dem zusammenfallen, was in der Orientierung schon mehrmals über die Theologie der Befreiung berichtet wurde, kann hier darauf verzichtet werden. Gegenüber der Synode 1971 (Gerechtigkeit in der Welt) ist die Sprache der Bischöfe aber merklich dezidierter und – wie es scheint – einmütiger geworden. Eine beachtliche Wirkung hatte zum Beispiel eine Intervention, die nicht im Plenum, sondern in einem frankophonen Sprachzirkel gemacht wurde. Grundsätzlich dürfen die Pressesprecher auch darüber berichten, und so kann ein dort vorgetragenes Votum nicht als «Geheimdokument» bezeichnet werden. Als solches ging aber das Votum von Helder Câmara durch den Blätterwald, wobei der Corriere della Sera den Anfang machte und ein entsprechendes Echo bis zur äußersten Linken provozierte. Bei dieser Gelegenheit ist zu notieren, daß die Berichterstattung über die Synode in der italienischen Presse trotz Regierungskrise einen auffallend großen Raum einnimmt und manchmal selbst in kommunistischen Blättern informative und weitgehend objektive Darstellungen zu sehen sind. Helder Câmara nun sagte kaum etwas Sensationelles, was man in unseren Breiten nicht schon von ihm gehört hätte. Aber im römischen und bischöflichen Kontext hatte es einen besonderen Klang, als er von der Aufrechterhaltung einer Unrechts-Ordnung sprach, und dabei den folgenden Satz wagte:

«Wir haben das Christentum zu passiv dargestellt, und in einem gewissen Sinn haben wir Marx recht gegeben, insofern wir den Unterdrückten, sowohl in den armen wie in den reichen Ländern, ein ‹Opium für das Volk› gereicht haben. Dies mit ‹gutem Gewissen›, da wir uns einredeten, wir seien mit der Sorge für die *Seelen* beauftragt und das christliche Ostern sei Befreiung von der Sünde, Bekehrung des Herzens, Vorbereitung für das ewige Leben.»

Als etwas von diesem Votum auch in der Berichterstattung über die Arbeit dieses speziellen Zirkels (vorgetragen von Pater Lécuyer, dem aufgeschlossenen Generaloberen der Kongregation vom Heiligen Geist) einging, meldete sich Kardinal *Pericle Felici* und äußerte sein Mißfallen über verallgemeinernde Schuldbekenntnisse, bei denen die Vorzüge der Kirche zu kurz kämen. Felici ist immerhin zugute zu halten, daß er überhaupt auf das Votum eines Kollegen in der Aula einging. Das findet auf der Synode noch allzu selten statt. Dabei gab es in Felicis Intervention auch einen positiven Klang: er verwies als Antwort auf die Autonomieforderungen der Ortskirchen auf mehr kodifizierte Rechte für Bischöfe und Bischofskonferenzen im revidierten Kirchenrecht.

Ludwig Kaufmann, z. Z. Rom

Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen

Redaktion: Ludwig Kaufmann, Raymund Schwager, Karl Weber, Jakob David, Albert Ebneter, Mario v. Galli, Robert Hotz, Josef Renggli, Josef Rudin

Anschriften von Redaktion und Administration: Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, ✆ (01) 36 07 60

Bestellungen, Abonnemente: Administration

Einzahlungen: Schweiz: Postcheck 80-27842 – Deutschland: Postscheck Stuttgart 62 90-700 ‹Orientierung›, Zürich – Österreich: Sparkasse der Stadt Innsbruck, Scheckkonto Nr. 133.629 (Vermerk 0001/268499 ‹Orientierung›) – Frankreich: Crédit Commercial de France, CCP 1065, ‹Orientierung› C.E. Suisse No 020/081.7360 – Italien: Postcheckkonto: Roma 1/28545 ‹Orientierung› Zürich

Abonnementspreise: *Ganzes Jahr:* Fr. 27.— / DM 27.— / öS 185.— / Lit. 7300 / FF 50.— / US $ 12.— / übriges Ausland: sFr. 27.— + Versandkosten.

Halbjahresabonnement: sFr. 15.50 / DM 15.50 / öS 100.— / übriges Ausland: sFr. 15.50 + Versandkosten.

Studentenabonnement: Schweiz Fr. 18.— / Ausland: DM 18.— / öS 110.— / Lit. 4500 / übrige Länder: sFr. 20.—

Gönnerabonnement: sFr./DM 35.— (Der Mehrbetrag von sFr./DM 8.— wird dem Fonds für Abonnemente in Länder mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)

Einzelexemplar: sFr./DM 1.70 / öS 10.—
(Ausländische Währungen: Kurs Ende September 1974)

AZ Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

8002 Zürich